

Chronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **60 (2004)**

Heft 4

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesrat versuchte, auf das Sprachengesetz zu verzichten

Ende April beschloss der Bundesrat überraschend, dem Parlament die Botschaft zu einem neuen Sprachengesetz nicht vorzulegen, das heisst, dieses Gesetz, das eigentlich einen Auftrag der neuen Bundesverfassung erfüllte, zu schubladisieren.

Nach diesem Gesetz, das aufgrund einer langen und weitreichenden Vernehmlassung von privaten und öffentlichen Institutionen (u. a. auch vom SVDS, siehe «Sprachspiegel», Heft 2/2002, S. 38 ff.) zustande gekommen ist, sollten durch zahlreiche Massnahmen die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz gestärkt und so der innere Zusammenhang gefestigt werden. Die Kosten des Unternehmens wurden auf 17 Millionen veranschlagt. Der Bundesrat sah eine Sparmöglichkeit im Verzicht auf dieses Gesetz.

Nachdem mehrere Kantone und auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) gleich ihrer Enttäuschung über diesen Beschluss des Bundesrates Ausdruck gegeben hatten, verlangte die für die Legislaturplanung eingesetzte nationalrätliche Kommission in der Junisession vom Bundesrat, dass das Sprachengesetz wieder in das Legislaturprogramm aufgenommen wird.

Das heisst zwar noch nicht, dass dieses Gesetz dann auch gleich die Zustimmung des Parlaments findet, aber es

wird entgegen der Absicht des Bundesrates wenigstens darüber beraten; und da lediglich die SVP sich gegen das Gesetz ausgesprochen hat, besteht eine grosse Chance, dass das Gesetz schliesslich angenommen wird.

Kulturelles Überschreiten der Sprachgrenzen: Grenzgänger gesucht!

Ende Mai haben in Romainmôtier Kulturschaffende und Vertreter bedeutender privater und öffentlicher Institutionen (u. a. Fondation Nestlé pour l'Art, Pro Helvetia, SRG/SSR idée suisse, Forum Helveticum, Sophie-und-Karl-Binding-Stiftung, Migros-Kulturprozent, Bundesamt für Kultur) über die Möglichkeiten und Grenzen sprachgrenzenüberschreitender Kulturprojekte diskutiert.

Am Anfang stand die Feststellung, dass zu wenig kultureller Austausch zwischen den Sprachregionen stattfindet. Mangelndes Interesse, Verständigungsprobleme sowie Mentalitätsunterschiede auf Seiten der Kulturschaffenden wie des Publikums mögen die Gründe sein. Andererseits herrschte auch Einigkeit darüber, dass dort, wo Bedarf und Interesse bestehen, bereits ein Austausch stattfindet. «Wer will, der kann», hiess es. Wie also bringt man mehr Kulturschaffende und mehr Publikum dazu, zu wollen?

Eine direkte Antwort auf diese Frage war nicht zu erwarten. Immerhin wurde die Forderung nach einer zentralen Ko-

ordination sprachgrenzüberschreitender Tätigkeiten auf Bundesebene erhoben. Dergleichen wäre eigentlich möglich gewesen im Rahmen des neuen Sprachen- und Verständigungsgesetzes, auf das der Bundesrat zu diesem Zeitpunkt – nämlich Ende April – bereits verzichtet hatte ...

Romands gegen Anglizismen im Alltag

Die Verbreitung des Angloamerikanischen als lingua franca ist das eine; die Verbreitung von Anglizismen in der alltäglichen Muttersprache das andere. Gegen Letzteres will sich der im vergangenen März, am Internationalen Tag der Frankophonie, in Lausanne gegründete Verein «Défense du français» zur Wehr setzen.

Besonders störend empfindet es der Verein, wenn solche Anglizismen von Regiebetrieben des Bundes verbreitet wer-

den: die postshops des Gelben Riesen, das click&rail bei den SBB, die Directories von Swisscom. Einen Titel oder eine Anschrift aus Spargründen «oder reinem Snobismus» nur in einer Form, auf Englisch, zu publizieren, sei «eine Geringschätzung des Publikums». Von «stipide» ist auch die Rede, und da ist ja etwas dran: Ein Telefonbuch, das von allen Ausländern ohne Mühe gleich als solches erkannt wird, mit dem entsprechenden englischen Wort zu bezeichnen (das keinen Anklang zu ändern, in der Schweiz gesprochenen Sprachen hat), das lässt sich doch nur als blosses Mitschwimmen in einem unreflektierten Trend erklären, was gewiss mit einer Art Dummheit zu tun hat.

«Défense du français» will mit verschiedenen Kampagnen die öffentliche Wahrnehmung schärfen, heisst es, und Druck auf Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft ausüben.

Nf.